

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Dresden, Neumarktstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontonummer: Dresden 158
Telefonnummer: Riesa Nr. 52.

Nr. 296.

Freitag, 21. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15.-31. Dezember 1923: 10 Mark. Einmalige Belegpreise für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 84 mm breite, 1 mm hohe Rundschreibweise (6 Elben) 25 Mark; für die 89 mm breite, 1 mm hohe, 100 Mark; für die 100 mm breite, 1 mm hohe, 120 Mark. Zeitraumbesondere und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Lese- und Verlagsrechte. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Verleger oder der Verlagsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Wiederholung des Bezugspreises. Anzeigenannahme und Druckerei: Dresdner Druck- und Verlagsanstalt, Riesa, Gellertstraße 59.

Krisis in Bayern.

Der bayerische Landtag hat nicht die Einstufung des deutschen Reichstags ausgebracht, seiner Resolution in der äußersten Notlage des Landes ein außerordentliches Gesetz zu bewilligen, um sich im Strudel der Ereignisse ohne die parlamentarische Belastung behaupten zu können. Er hat das Ermächtigungsgesetz abgelehnt und damit das Land in neue Unruhen gestürzt. Man wird bei dem Verhalten des bayerischen Landtags an das alte Wort Michael Georg Conrads erinnert: „Bayerische Politik ist keine Politik“, denn es ist keine Politik, wenigstens keine vertretbare Politik, eine Resolution zu beschließen, die den Ausnahmezustand und den Generalkonflikt zu bewilligen, die Notwendigkeit außerordentlicher Finanzmittel wahrzunehmen und ihr dann doch die Grundrechte, diese Maßnahmen ohne langwierige parlamentarische Beratungen zu erlassen zu können, zu verweigern. Es ist auch keine bayerische Politik im Sinne des bayerischen Landtags; denn Bayern wird bei seiner katastrophalen Finanzlage dadurch in noch größere Abhängigkeit vom Reich gebracht, als es schon bisher war und hätte seine Staatsmaschine stoppen, wenn nicht das Reich Hilfe schickt. Als am 9. November der Rittmeister von Dörmann, welcher alle Kennen der bayerischen Verhältnisse, die Oberseite, auch wenn ihre Hauptstütze nicht in Grund und Boden gesunken hätte, verstanden hätte, weil einfach der Vertriebenenseite und es hierzu Jahr niemals gelungen wäre, von seinen landständischen Verehrern die Steuern herinzuholen, die der Staat brauchte. An den Reichskriegern Kritik zu üben, ist eben leichter, als selbst Steuern auszuheben, die die Volkseele nicht zum Kochen bringt. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wird voraussichtlich Finanzruhr zur Folge haben, die aber dem bayerischen Finanzminister Krauß, der vornehmlich schon selber obdorten wollte, sein Amt für die nächsten Wochen nicht erleichtern werden. Die bayerische Volkspartei, die bei der Abstimmung von dem bayerischen Bauernbund im Stiche gelassen worden war, hat den Antrag gestellt, daß der bayerische Landtag nach Paragraph 31 der Verfassung sich selbst auflösen sollte. Die Sozialdemokraten wollen dazu einen Zusatzantrag stellen, daß freie Wahlen stattfinden müßten, was heißt, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden soll. Ob das gerade heute, da die Ordnungswelt Bayern in förmlicher Erregung ist, als zur Zeit der Ernennung des Herrn von Rahr zum Generalkommissar, möglich ist, ist mindestens zweifelhaft. München schwärzt zurzeit von Attentats- und Mordgerüchten und an allen Mauern sind Anschläge des Generalkommissars zu lesen, in denen Herr Rahr vor neuen Unruhen warnt und die schwersten Strafen androht. Ein sächsischer Kaufmann hat vor der Volksversammlung, daß er den Herrn von Rahr erschlagen wolle. Und der frühere Finanzminister Roth hat im bayerischen Landtag eine Schilderung der Verwirrung innerhalb der bayerischen Jugend gegeben, die fast Entsetzen erregen könnte. Nach seiner Angabe haben sich die Mitglieder des aufgelösten Bundes Oberland nach Holzkirchen begeben, dort ihre Gewehre abgelegt und diese mit Handgranaten besetzt, mit dem Aufsatze: Sie kennen kein deutsches Vaterland mehr, wir sind am 9. November verraten worden. Wahlen unter Aufhebung des Belagerungszustandes müßten in dieser aufgeregten, in all ihren Hoffnungen getäuschten Bevölkerung neue Unruhen hervorrufen und wahrscheinlich zu schweren Ereignissen führen. Und die Wahlen aber unter dem Belagerungszustande statt, so ist bei seiner Handhabung durch Herrn Rahr mit Sicherheit zu erwarten, daß schwere Wahlverfälschungen stattfinden und die Wähler, die keine Wahl zum Ausdruck gebracht werden kann. Mit großer Sorgfalt muß man den Wahlen im besetzten Gebiete entgegensehen. Es wäre das Beste, die Wahlen in diesem Landesteile nicht stattfinden zu lassen und sie auf bessere Zeiten zu verschieben, wie es auch die Absicht der bayerischen Volkspartei zu sein scheint. Sollte sich aber die bayerische Regierung durch anstehendes Entgegenkommen des General Ternes bereitfinden lassen, die Wahlen auch für die West- und Ostgebiete, so wären mit Sicherheit Separatistenwahlen unter dem Einflusse des französischen Goldes und unter dem Druck der französischen Propaganda zu erwarten. Selbst ein kleiner Erfolg der Separatistenbewegung, der bei der Skrupellosigkeit der französischen Propaganda und bei der rücksichtslosen Anwendung des französischen Terrors mit Sicherheit zu erwarten wäre, würde von der französischen Propaganda als Zwangsmittel gegen die deutsche Einheit ausgebeutet werden. Die Lage in Bayern hat sich durch wenig einseitige Haltung des bayerischen Landtags erheblich verschlechtert; man muß hoffen, daß die bayerische Regierung in München und die nicht weniger mächtige bayerische Geheimregierung in Wegensburg Mittel finden, um weiteren Schaden vom Lande abzuwenden.

Attentatsplan gegen v. Rahr.

(München, Amtlich.) An die Polizeidirektionen gelangten kürzlich Mitteilungen über einen Attentatsplan gegen den Generalkommissar v. Rahr. Die sofort eingeleitete Erhebung führte zu der Festnahme eines Schauspielers namens Hans Barthel, gebürtig aus Sachsen, Barthel, der die Absicht zugab, den Generalkommissar zu erschlagen und zu diesem Zwecke auch bereits Erkundungen eingeleitet hatte, wurde dem Gericht übergeben.

Die Landtagsauflösung in Bayern noch nicht erfolgt.

Gestern abend 8 Uhr fand im Landtag die Besprechung über die Frage der Landtagsauflösung statt. Der Antrag

des Abg. Feld (Bayer. Volkspartei) auf Auflösung des Landtags wurde zurückgeschickt bis zur Entscheidung der dem auswärtsigen Ausschuss überwiegenen Anträge. Der Antrag der Bayerischen Mittelpartei, wonach sofort ein Gesetz zur Wahl zum Landtagswahlgesetz vorgelegt werden soll, der die Zahl der Landtagsmandate bis um ein Drittel vermindert, wurde gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. In namentlicher Abstimmung wurde entschieden über einen weiteren Antrag der gleichen Partei, wonach die Zahl der Ministerien auf fünf zu verringern sei. 63 stimmten 73 Abgeordnete mit Ja, 10 mit Nein und 59 Abgeordnete (der Bayerischen Volkspartei) enthielten sich der Stimme. Damit war auch dieser Antrag angenommen. Dagegen wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Abänderung des § 92 der bayerischen Verfassung, wodurch Verfassungänderungen erleichtert werden sollen, abgelehnt, da von den 106 Abgeordneten nur 79 Abgeordnete für den Antrag stimmten, die zwei Drittel-Mehrheit also nicht erreicht war. Damit war die Tagesordnung erledigt und der Präsident wurde ermächtigt, Tagesordnung und Zeitpunkt der nächsten Sitzung zu bestimmen. Mit Beisitzungswünschen des Präsidenten ging die Sitzung auseinander.

Eine neue Abrüstungskonferenz?

(Paris, New York Herald) meldet aus Washington: Royalistische werden die republikanischen Mitglieder der Marinenausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses Präsident Coolidge als Ergebnis ihrer zur Zeit schwebenden Beratungen vorschlagen, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen, die sich insbesondere mit der Luftfahrt und den U-Booten zu befassen hätte. Doch werden die in Betracht kommenden Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses nichts unternehmen, ehe Präsident Coolidge seine Zustimmung erklärt hat. Ihre Vorschläge könnten möglicherweise dadurch leicht annehmen, daß die im letzten Marinenausschuss festgelegten Vollmachten geltend gemacht würden, welche Maßnahmen eine weitere Herabsetzung der Rüstungen vorsehen. „New York Herald“, der die Durchführung eines solchen Programms bei englischer Unterstützung für geeignet hält, hat eine Umfrage in französischen Kreisen über eine entsprechende Initiative veranstaltet und sich unter anderem am Duai d'Orsay erklären lassen, die französische Regierung sei grundsätzlich zu einer solchen Konferenz bereit, doch erforderten gewisse Einzelheiten natürlich eine genaue Nachprüfung. Frankreich könnte nicht mit verbundenen Augen zu einer Konferenz gehen, die auf seine Sicherheit oder auf seine Stellung in den Kolonien von Einfluß wäre. Die französische Regierung, so fährt das Blatt fort, habe es mit der Konferenz deshalb nicht eilig, weil diese möglicherweise neue Konflikte hervorrufen würde, welche die Erntezeit der von der Reparationskommission einzuführenden Sachverständigenausschüsse durchkreuzen könnten.

Der Botenposten in Paris.

Wie aus einer Rede Stresemanns bekannt, hat die deutsche Regierung wiederholt bei der französischen Regierung angefragt, ob ihr eine Befehlsstelle des seit dem Tode von Rahr und dem Ausbruch des Krieges gewordenen Botenpostens in Paris genehmigt sei. Die Regierung in Paris hat sich aber immer wieder ablehnend geäußert, was sie nicht hindert, in der Pariser Presse erhebliche Klagen über die Postarreife Deutschlands anzukündigen zu lassen, das in der Belegung des Pariser Postens passiven Widerstand leistet. Neuerdings scheint man in Paris etwas willfähriger geworden zu sein und den in Paris benannten Kandidaten wenigstens keinen offiziellen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Als Kandidaten werden genannt: der frühere Staatsminister von Naumer, der schon während des Kabinetts Cuno für den Posten ausgetreten war, zur Zeit aber wenig Regierung zeigt, den vormaligen Posten zu übernehmen. Als zweiter Kandidat gilt der frühere Botschafter der Reichsregierung in Genéve, Dr. Dr. Viktor Naumann, der auch während des Krieges, damals im Auftrag von Dr. Hertling, die Verbindung mit Frankreich aufrecht erhielt und in Paris mit einiger Sympathie aufgenommen war. Dr. Naumann steht bekanntlich dem Zentrum nahe, wenn er auch selbst Protektant ist und hat auch zu der süddeutschen Sozialdemokratie gute Beziehungen. In neuester Zeit leistete er dem Kabinet Stresemann wertvolle Dienste bei der Beilegung oder vielmehr bei der Verhinderung des bayerischen Konfliktes. Als dritten Kandidat nennt man Graf Harry Kessler, den bekannten Juristen und ehemaligen Gesandten in Warschau. Kessler vertritt aber gute gesellschaftliche Beziehungen in Paris, hat aber in Warschau kein Diplomatenexamen für den so unendlich wichtigen Pariser Posten noch nicht abgelegt. Man wird daher seine Kandidatur kaum ernsthaft nehmen können.

Die Reparationslieferungen wieder im Gange.

Paris, Davao meldet aus Düsseldorf, daß von 500 000 Bergarbeitern 430 000 die Arbeit wieder aufgenommen haben. Von einer Gesamtförderung von 51 550 Tonnen Kohle haben die Gruben des Ruhrgebietes während der Woche vom 3. bis 9. Dezember 18 639 Tonnen vergeben und von einer Gesamtförderung von 270 570 Tonnen Kohle lieferten die Gruben 63 477 Tonnen. Diese Ziffern beweisen, daß die Reparationslieferungen wieder begonnen haben. An rückständigen Kohlensteuern sind bis zum 18. Dezember 619 898 Dollar zur eingezahlt worden und 3 339 891 in Tratten. 278 Erlaubnisse sind von 9. bis 15. Dezember ausgestellt und brachten 75 622 Goldmark ein. 2568 Ausnahmedewilligungen erzielten 317 622 Goldmark.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen.

(Berlin. Nach einer Meldung aus Dresden hat der Reichswehrminister Dr. Kehler vorgestern seinen angekündigten Besuch in Dresden ausgesetzt. Er sei abends wieder nach Berlin zurückgekehrt und es verlautet, daß seine Unterredung mit dem Wehrkreiscommandeur, Generalleutnant Müller, dem sächsischen Ministerpräsidenten Felsch und dem Hofkommissar Meier der Frage der baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen gegolten habe.

Wie bestimmt verlautet, ist von einer baldigen Aufhebung des Ausnahmezustandes überhaupt nicht die Rede gewesen; vielmehr hat General Müller die Notwendigkeit der Fortdauer unter den jetzigen Verhältnissen betont.

Um die Neuregelung der Mietpreise.

Die angekündigte dritte Steuernotverordnung, in der das Verbot der Hypothekenaufwertung, die Mietsteuer und der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden enthalten sein soll, wird nach einer Vernehmung kaum vor Ende dieses Jahres das Reichskabinett passiert haben. Dem Fünfschneckenrat des Reichstags könne die Verordnung insofern erst nach Neujaahr zugehen, vorher sei also mit einer Neuregelung der Mietpreise nicht zu rechnen.

Die Ernährungskonferenz der Minister.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Rahn die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in einer Beratung zusammen. Graf Rahn gab einen Überblick über die Entwicklung in der letzten Zeit.

Die Besprechungen der Konferenz betrafen zunächst die allgemeine Ernährungslage, die Preisgestaltung und Preiskontrolle im Lebensmittelhandel sowie die Lage der Brotversorgung. Hinsichtlich der Brotversorgung wurde in dem einleitenden Referat dargelegt, welche Menge die Reichsbrotbäckerei in den letzten Monaten abgeben hat. Die Mengen waren beträchtlich und anzeigen zeitweise über die Anforderungen während der Winterbrotversorgung hinaus. Gegenwärtig verfügt die Reichsbrotbäckerei über einen Bestand, der für längere Zeit eine Befriedigung ausschließt. Von verschiedenen Seiten wurde unterstrichen, daß zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieprodukte ein ungünstiges Verhältnis bestehe, das ausgeglichen werden müsse. Desgleichen wurde gefordert, daß die Preiskontrolle fortgeführt werde, um einem neuen Ansehen der Preise entgegenzuwirken. Der Vertreter Bayerns machte die mit Verfall aufgenommene Mitteilung, daß die Ausfuhrbeschränkungen Bayerns in den nächsten Tagen befristet werden würden.

Im weiteren Verlauf wurde die Fett- und Milchversorgung sowie die Fleischversorgung und der Viehbestand behandelt. Die Lösung der für die Milchversorgung bestehenden Schwierigkeiten wird nach Auffassung der Konferenz nicht durch Verhängung reichsgesetzlicher Bestimmungen herbeigeführt werden können. Vielmehr muß durch angemessene Festsetzung von Milchpreisen die Hebung der Milchproduktion auf die Friedenshöhe angestrebt werden. Hingegen sei auf eine Verminderung der Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis für Milch und Butter hinzuwirken, der vorwiegend den Landesregierungen und den örtlichen Behörden zuzust. Hinsichtlich der Fett- und Margarineversorgung ist zurzeit eine Entspannung eingetreten. Bei der Abhängigkeit der Fettversorgung Deutschlands vom Ausland sei zur Sicherstellung der Versorgung die Finanzrücknahme ausländischer Kredite unbedingt notwendig. Ein Referat über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln bildete den Schluß der Verhandlungen.

Die Tätigkeit des Reichsrats.

(Berlin. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlgesetzes zu. Gegenüber gewissen Einwendungen seitens des Ausschusses des Reichsrates führte der Berichterstatter aus, daß die Reichsregierung eine Erklärung abgegeben habe, wonach sie beabsichtige, sobald wie möglich dem Reichsrat erneut eine Novelle vorzulegen, in der die preussischen Wähler entsprechend einer Änderung des Wahlgesetzes Berlin-Bohdam vorgeschlagen und ferner die Zahl der Reichstagsabgeordneten vergrößert werden soll. Ein Antrag des Vertreters der Provinz Sachsen über gewisse Mißstände im Reich, insbesondere des militärischen Ausnahmezustandes, wurde wiederum von der Tagesordnung abgesetzt. In dem Entwurf eines Verteilungsplanes für die von den Ländern zu übernehmenden Lagerflüchtlinge aus den aufgelösten Flüchtlingslagern wurde vorläufig eine Zwischenlösung angenommen, dahingehend, daß zunächst fünf Prozent der Gesamtzahl der Flüchtlinge von den Ländern zu übernehmen seien. Ferner nahm der Reichsrat die Verordnung über die Umstellung der Gebühren für Jungen und Sachverständige auf Gold an, jedoch mit der Maßgabe, daß etwa nur dreiviertel der Höhe der Friedenssätze festgesetzt wird. Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Hypothekendarlehenbank A.-G. beantragte Umwandlung in eine Hypothekendarlehenbank.